Datenschutzhinweise für Beschäftigte

Stand: Ver. 2.0, 22.04.2024

Mit den nachfolgenden Informationen informieren wir Sie über Art und Umfang der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung sowie Ihre Rechte, insbesondere aus der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

a) Verantwortlich i.S.v. von Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist:

Busch Dienste GmbH

Schauinslandstraße 1, 79689 Maulburg, Deutschland

Telefon +49 (0)7622 681-0, Fax +49 (0)7622 5484, E-Mail info@busch.de

nachfolgend „Busch", „wir" oder „uns" genannt.

b) Datenschutzbeauftragter

Sie erreichen unseren Datenschutzbeauftragten per Mail: s.baum@bhk-datenschutz.de, Tel. +49 7621 5705398 oder postalisch unter vorgenannter Adresse mit dem Zusatz „z.Hd. Datenschutzbeauftragter"".

2. Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Beschäftigungsverhältnis

a) Arten personenbezogener Daten

Zu den verarbeiteten Kategorien personenbezogener Daten gehören insbesondere

<u>bei Beschäftigten (m/w/d)</u>

- Ihre Stammdaten (wie Vorname, Nachname, Namenszusätze, Staatsangehörigkeit und die Personalnummer im Beschäftigtenverhältnis),
- Kontaktdaten (etwa private Anschrift, (Mobil-)Telefonnummer, E-Mail-Adresse),
- ggf. PKW-Kennzeichen,
- Daten von Kindern und (Ehe-)Partnerdaten,
- ggf. Notfallkontakte, die Sie uns freiwillig mitteilen,
- Passbild, Foto für Mitarbeiterausweis und Profilbild in SAP SuccessFactors,
- weitere Daten aus dem Beschäftigungsverhältnis (z. B. Zeiterfassungsdaten, Urlaubszeiten, Arbeitsunfähigkeitszeiten, Fortbildungen, Qualifikation, Führerschein Sozialdaten, Bankverbindung, Sozialversicherungsnummer, Rentenversicherungsnummer, Gehaltsdaten sowie die Steueridentifikationsnummer),
- Daten aus oder im Zusammenhang mit Mitarbeiter- und Zielvereinbarungsgesprächen,
- Daten im Rahmen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM),
- Passdaten, Reise- und Unterkunftsplanung, Reisekosten- und Spesenabrechnungen im Rahmen der Reiseplanung und -abrechnung,
- Daten im Rahmen von Entsendungen (A1 Meldungen),
- Zu den personenbezogenen Daten im Beschäftigungsverhältnis gehören auch besondere Kategorien personenbezogener Daten wie Gesundheitsdaten oder Religion (zur Ermittlung der Kirchensteuer),
- Geschäftliche Kommunikation, insbesondere Telefon, E-Mail, Videoconferencing, MS Office, Teams, Chat
- geschäftliche Login- und Accountdaten,
- Einwilligungsmanagement,
- Daten, welche wir im Rahmen des Betriebs einer Meldestelle nach Hinweisgeberschutzgesetz (HinschG) verarbeiten (vgl. Betriebsvereinbarung Hinweisgeberschutzsystem),
- Daten im Rahmen des Fuhrparkmanagements,
- Daten im Rahmen von betrieblichen Umfragen,
- sowie Bewerbungsunterlagen und Daten wie nachstehend bei Bewerbern beschrieben.

<u>bei Bewerbern (m/w/d)</u>

- Stamm- und Kommunikationsdaten (siehe vorstehend)
- Daten über den Inhalt ehemaliger/aktueller Arbeitsverhältnisse, z.B. Arbeitsaufgaben, Leistungsdaten, ausgefüllte Positionen. (Diese Daten können sich aus Ihrem Anschreiben/Lebenslauf/beigefügten Arbeitszeugnissen ergeben).
- Daneben erheben und verarbeiten wir bei Bewerbungen diverse weitere Angaben wie z.B. frühestes Eintrittsdatum, regionale Mobilität, gewünschte Stundenzahl und Einsatzdauer, frühere Beschäftigungen, Zusatzqualifikationen, Referenzen oder Informationen darüber, wie Sie auf die Stelle aufmerksam geworden sind.

- Weitere freiwillige Angaben wie Daten über außerberufliche Interessen: Hobbies, ehrenamtliches Engagement
- Anderweitige Daten, die Sie uns im Bewerbungsprozess freiwillig überlassen, indem Sie sie hochladen oder uns anderweitig zukommen lassen, wie etwa in Ihrem Bewerbungsschreiben, Lebenslauf oder Zeugnisse, Passbild.

b) Fuhrparkmanagement

Dienstfahrzeugnutzer müssen regelmäßig über die aktuellen Unfallverhütungsvorschriften (UVV) informiert werden. Die Pflicht des Arbeitgebers zur Unterweisung seiner Beschäftigten im Umgang mit Arbeitsmitteln wie Fahrzeugen ergibt sich dabei aus § 12 ArbSchG (Arbeitsschutzgesetz), §§ 9 und 12 BetrSichV, § 4 DGUV (Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung) Vorschrift 1 sowie § 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 DGUV Vorschrift 70. Bei gleichbleibenden Gefährdungen setzen die berufsgenossenschaftlichen Bestimmungen nach § 4 Abs. 1 DGUV Vorschrift 1 eine mindestens einmal jährlich zu wiederholender Unterweisung und Führerscheinkontrolle voraus.

Zu den verarbeiten Kategorien personenbezogener Daten gehören, insbesondere

- Stammdaten
- Genutzte/r Firmenwagen, KFZ-Kennzeichen
- Führerscheindaten, Ausstellungsort und -datum, Name der Ausstellungsbehörde, Nummer des Führerscheins, Lichtbild, Unterschrift, Klassen, für die die Fahrerlaubnis erteilt wurde, ggf. Gültigkeitsdatum befristet erteilter Fahrerlaubnisklassen,
- Datum der (letzten) Kontrolle, Name der kontrollierenden Person
- erfolgten Kontrollen und die Liste der Erinnerungen, die an den Mitarbeiter verschickt wurden mit Datum und Uhrzeit.

Busch kann zur Durchführung von Führerscheinkontrollen und Unterweisung ext. Dienstleister einsetzen. Falls erforderlich ist eine Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung nach Art. 28 DSGVO zu treffen, um sicherzustellen, dass alle Daten nur nach unserer Weisung und in Übereinstimmung mit den geltenden Datenschutzvorschriften verarbeitet werden.

c) Umfragen

Busch behält sich vor, bei Bedarf betriebliche Umfragen durchzuführen. Über die Zwecke der Umfrage sowie Angaben zu Art und Umfang der verarbeiteten Daten, Empfänger der Daten und Löschfristen werden Sie vor Teilnahme ggf. mittels gesonderter Datenschutzhinweise informiert. Falls erforderlich bitten wir Sie um Ihre Einwilligung. Die Rechtsgrundlage ist abhängig vom verfolgten Zweck (siehe Ziff. 3).

Busch kann zur Durchführung von Umfragen ext. Dienstleister einsetzen. Falls erforderlich ist eine Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung nach Art. 28 DSGVO zu treffen, um sicherzustellen, dass alle Daten nur nach unserer Weisung und in Übereinstimmung mit den geltenden Datenschutzvorschriften verarbeitet werden.

Die Informations- und Beteiligungsrechte des Betriebsrats werden gewahrt.

d) Datenverarbeitung Hinweisgeberschutz

Datenverarbeitung im Rahmen des Hinweisgeberschutzsystems, insbesondere

- Daten in Bezug auf Hinweise: Im Rahmen des Hinweisgeberverfahrens erfassen wir unter anderem den Zeitpunkt, den Inhalt und sonstige relevante Umstände in Bezug auf die von Hinweisgebern übermittelten Hinweisen
- Angaben zu relevanten Sachverhalten: Typische Aufklärungsmaßnahmen beziehen sich vielfach auf konkrete Sachverhalte. Die Ermittlung und Auswertung relevanter Angaben zum jeweiligen Sachverhalt kann gegebenenfalls Rückschluss auf Ihr Verhalten oder von Ihnen durchgeführte Handlungen zulassen. Dazu können in Einzelfällen auch Pflichtverletzungen oder Straftaten zählen.
- Kommunikationsverhalten: Zudem können Aufklärungsmaßnahmen Rückschlüsse auf Ihr Kommunikationsverhalten zulassen. Busch wird beispielsweise im Rahmen von E-Mail-Auswertungen nach Maßgabe bestehender betrieblicher Regelungen, insbesondere Betriebsvereinbarung gegebenenfalls auch Zugriff auf die Inhalte von E-Mails im betrieblichen E-Mail-Postfach nehmen. Daneben wird Busch gegebenenfalls Log-Daten oder Metadaten auswerten.
- Daten zu strafrechtlichen Verurteilungen und Straftaten: Im Rahmen von Aufklärungsmaßnahmen müssen wir gegebenenfalls auch Daten über Sie erheben, welche Rückschlüsse auf Sie betreffende Straftaten oder strafrechtliche Verurteilungen zulassen. Busch wird diese Daten aber nur nach Maßgabe der einschlägigen Datenschutzvorgaben, insbesondere Art. 10 DSGVO, verarbeiten

e) Herkunft der Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden in aller Regel direkt bei Ihnen im Rahmen des Einstellungsprozesses oder während des Beschäftigungsverhältnisses erhoben. In bestimmten Konstellationen werden aufgrund gesetzlicher Vorschriften Ihre personenbezogenen Daten auch bei anderen Stellen erhoben. Daneben können wir Daten von Dritten (z. B. Stellenvermittlung) erhalten, die diese Daten in eigener Verantwortung an uns als potenzielle Arbeitgeber weiterleiten.

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

In erster Linie dient die Datenverarbeitung der Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses. Die vorrangige Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO.

Daneben kann ggf. Ihre Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a), Art. 7 DSGVO i. V. m. § 26 Abs. 2 BDSG (z. B. bei Foto- und Videoaufnahmen im Zusammenhang mit Ihrer beruflichen Tätigkeit für uns) als datenschutzrechtliche Erlaubnisvorschrift herangezogen werden.

Für bestimmte Verarbeitungstätigkeiten können Betriebsvereinbarungen, soweit einschlägig, als betriebliche Regelung eigenständige Rechtsgrundlage sein (Art. 88 Abs. 1 DSGVO).

Nach Zustandekommen eines Arbeitsvertrags werden Daten in die Personalakte des Betroffenen und im Lohnabrechnungssystem gespeichert. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. b) und Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO soweit die Datenverarbeitung zur Lohnabrechnung und Informationsaustausch mit den Sozialversicherungsträgern gesetzlich vorgeschrieben ist. Rechtsgrundlagen für das Führen der Personalakten sind Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO sowie unserer berechtigten Interessen an der Dokumentation Ihrer Beschäftigung bei uns gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Diese Daten dienen dann als Grundlage für die spätere berufliche Entwicklung des Betroffenen (z.B. Erkennen von Fortbildungs-, Weiterentwicklungsmöglichkeiten/-bedarf je nach Vorkenntnissen, Beförderungsmöglichkeiten je nach vorhandenen Qualifikationen).

Weiterhin können wir personenbezogene Daten über Sie verarbeiten, soweit dies zur Abwehr von geltend gemachten Rechtsansprüchen aus dem Bewerbungsverfahren gegen uns erforderlich ist. Rechtsgrundlage ist dabei Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, das berechtigte Interesse ist beispielsweise eine Beweispflicht in einem (drohenden) Verfahren nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

Weiter verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten zur Gewährleistung der Informationssicherheit und des IT-Betriebs der Gesellschaft (bspw. Zugriffskontrolle und Authentifizierung) sowie im Rahmen von Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit (z.B. Zugangskontrolle, Videoüberwachung zugänglicher Räume - soweit eingesetzt). Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. c), Art. 32 DSGVO.

Zur Aufdeckung von Straftaten dürfen Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden, wenn zu dokumentierende tatsächliche Anhaltspunkte den konkreten Verdacht begründen, dass Sie im Beschäftigungsverhältnis eine Straftat begangen haben, die Verarbeitung zur Aufdeckung erforderlich ist und Ihr schutzwürdiges Interesse am Ausschluss der Verarbeitung nicht überwiegt, insbesondere Art und Ausmaß im Hinblick auf den Anlass nicht unverhältnismäßig sind. Rechtsgrundlage ist. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO.

Im Rahmen des Fuhrparkmanagements verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten in Erfüllung gesetzlicher Pflichten (Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO i.V.m. den in Ziff. 2 b) genannten Rechtsgrundlagen). Weiter zu Abrechnungszwecken insbesondere zur Erstattung von Spesen und Benzinquittungen. Bei Poolfahrzeugen zur Allokation der Firmenfahrzeuge. Weiter, soweit einschlägig, zur Berechnung des geldwerten Vorteils bei dauerhafter Überlassung des Firmenfahrzeugs. Dies erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DSGVO. Busch kann zur Durchführung der Führerscheinkontrolle und Unterweisung ext. Dienstleister einsetzen. Falls erforderlich ist eine Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung nach Art. 28 DSGVO zu treffen, um sicherzustellen, dass alle Daten nur nach unserer Weisung und in Übereinstimmung mit den geltenden Datenschutzvorschriften verarbeitet werden.

Die Rechtsgrundlage der Durchführung von betrieblichen Umfragen ist abhängig vom verfolgten Zweck im Einzelfall. Umfragen erfolgen entweder aufgrund einer uns erteilten Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO. In diesem Fall ist die Teilnahme freiwillig. Umfragen können die Abfrage von Konfektions- und Schuhgrößen oder anderweitige Bedarfe, wie persönliche Schutzausrüstung (PSA) betreffen. Im ersten Fall ist Rechtsgrundlage Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO zur Anbahnung oder Erfüllung des Beschäftigtenverhältnisses. Bei PSA verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten in Erfüllung unserer gesetzlichen (Schutz)Pflichten als Arbeitgeber (Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO). Weiter können wir Meinungsumfragen oder Bewertungen durchführen, bspw. zur Mitarbeiterzufriedenheit. Diese dienen u.a. dazu Optimierungspotenziale zu erkennen, zielgerichtet Maßnahmen zu entwickeln und Veränderungsprozesse

zu initiieren. Rechtsgrundlage sind unsere berechtigten Interessen nach Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Betriebsvereinbarungen können eine eigenständige Rechtsgrundlage sein (Art. 88 Abs. 1 DSGVO).

Ihre Daten verarbeiten wir auch, um unsere rechtlichen Pflichten als Arbeitgeber insbesondere im Bereich des Steuer- und Sozialversicherungsrechts erfüllen zu können. Dies erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DSGVO, § 147 AO, EStG und SGB. Ebenso für die Erstattung von Reisekosten und Spesen sowie für die Erstattung von Auslagen.

4. Sind Sie verpflichtet, Ihre Daten bereitzustellen?

Im Rahmen Ihrer Beschäftigung müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses und der Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir nicht in der Lage sein, den Arbeitsvertrag mit Ihnen durchzuführen. Darüber hinausgehende Daten dürfen von uns nur im Rahmen der Interessenabwägung nach Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, in den Grenzen einer uns erteilten Einwilligung sowie im Rahmen bestehender Rechtsvorschriften von uns verarbeitet werden.

5. Wer bekommt meine Daten?

Bei uns erhalten diejenigen Personen Zugriff auf Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten oder zur Wahrung berechtigter Interessen brauchen.

Weiter können von uns eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen zu diesen Zwecken Daten erhalten. Informationen über Sie dürfen wir nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies verlangen, Sie eingewilligt haben, wir zur Erteilung einer Auskunft oder Weitergabe gesetzlich befugt sind und/oder von uns beauftragte Auftragsverarbeiter gleichermaßen die Einhaltung der Vertraulichkeit sowie den Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung und des Bundesdatenschutzgesetzes gewährleisten.

Unter diesen Voraussetzungen können folgende Empfänger Daten erhalten, soweit diese für die Verarbeitungszwecke erforderlich ist:

- Verbundene Busch Unternehmen, insbesondere Unternehmen der Pfeiffer Gruppe, sofern diese als Gemeinsam Verantwortliche nach Art. 26 DSGVO, personenbezogene Daten verarbeitet
- Verbundene Busch Unternehmen im Rahmen des Finanzcontrolling und Berichtswesens oder der Verarbeitung von Daten als Auftragsverarbeiter
- Zur Aufklärung möglicher Compliance-Sachverhalte müssen wir Ihre Daten möglicherweise auch an andere verbundene Unternehmen übermitteln
- Auftragsverarbeiter, insbesondere Cloud-Dienste
- Externer IT-Support (Einrichtung und Betreuung von IT/TK Equipment, Netzwerk, Mail, Kollaborationssysteme, Fernwartung)
- Lohnbuchhaltung
- Gläubiger im Falle von Lohn- und Gehaltspfändungen
- Insolvenzverwalter im Falle einer Privatinsolvenz
- öffentliche Stellen zur Erfüllung gesetzlicher Mitteilungspflichten z.B. Finanzbehörden, Sozialversicherungsträger, Berufsgenossenschaften, Strafverfolgung
- Busch wird die Ergebnisse von Aufklärungsmaßnahmen möglicherweise auch gegenüber öffentlichen Stellen offenlegen. Dies betrifft etwa deutsche oder ausländische Staatsanwaltschaften, Gerichte oder sonstige Behörden. Eine solche Weitergabe kann insbesondere dann notwendig sein, wenn Busch zur Offenlegung der entsprechenden Daten gesetzlich verpflichtet ist. Dies kann bspw. im Rahmen von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren der Fall sein, die als Folge von Aufklärungsmaßnahmen eingeleitet werden
- Krankenkassen, Sozialversicherungs- und andere Abrechnungsträger, Berufsgenossenschaft, Medizinischer Dienst; Ärzte, soweit die Angabe Ihrer personenbezogenen Daten erforderlich ist
- Amt für Arbeitsschutz (bei Schwangeren)
- Aus-, Fort- und Weiterbildungseinrichtungen wie (Fach-)Hochschulen, Berufsschulen, Trainer oder Partner für die Durchführung von Assessment-Centern und Potenzialanalysen
- Reiseagenturen, Flug- und Eisenbahngesellschaften, Mietwagenvermietung sowie Hotel- und Taxiunternehmen im Rahmen der geschäftlichen Reiseplanung, -buchung und -abwicklung
- Banken, Finanzierungsgesellschaften, Leasingfirmen und Versicherungsgesellschaften soweit die Angabe Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der Überlassung von persönlich zugeordneten oder zur persönlichen Nutzung überlassenen Firmen-PWK, Dienst-Fahrrädern oder E-Bikes durch Busch erforderlich ist

- Zuständige Stellen sowie Kunden oder Auftraggeber bei der Erbringung von Dienstleistungen und der Entsendung von Beschäftigten (A1 Verfahren)
- Wirtschaftsprüfungsdienste, Auditoren, Steuerprüfer
- Rechtsanwälte im Falle von Rechtstreitigkeiten
- Betriebsrat im Rahmen von gesetzlichen Informations- und Mitbestimmungsrechten sowie nach Maßgabe bestehender betrieblicher Regelungen, insbesondere Betriebsvereinbarungen
- Datenvernichtungs-Dienstleister
- Zahlungsdienstleister (Kreditkarten) und Zahlungsverkehr mit Banken
- Bank des Beschäftigten (SEPA-Zahlungsträger)
- Telekommunikations- und Telefonie-Anbieter
- Versicherungen (VVL/Direktversicherung)

6. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung Ihrer personenbezogenen Daten in Länder außerhalb der EU bzw. des EWR (sogenannte Drittländer) findet nur statt,

- soweit dies gesetzlich erlaubt oder vorgeschrieben ist,
- soweit Sie uns eine Einwilligung erteilt haben oder
- an externe Dienstleister im Rahmen einer Auftragsverarbeitung.

Empfänger in Drittländern, insbesondere Cloud Anbieter und Dienstleister, sind zusätzlich zu schriftlichen Weisungen durch die Vereinbarung der EU-Standardvertragsklauseln zur Einhaltung des Datenschutzniveaus in der EU verpflichtet oder durch anderweitige Schutzmaßnahmen nach Art. 44 ff. DSGVO. Die Übermittlung von Daten in die Schweiz, soweit einschlägig, erfolgt auf Grundlage von Art. 45 Abs. 3 DSGVO (Angemessenheitsbeschluss der EU Kommission).

Weiter erfolgt eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten - falls erforderlich - an Konsular-/Immigrationsbehörden des jeweiligen Ziellandes in Drittstaaten, Reisevermittler, Fluggesellschaften und Hotels in Drittstaaten, soweit dies zur Visabeantragung, Reise- und Unterkunftsplanung für geschäftliche Reisen erforderlich ist. Rechtgrundlage ist Art. 49 Abs. 1 lit. b) und c) DSGVO.

7. Wie lange werden meine Daten gespeichert?

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten, solange es für die Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten im Rahmen der Anbahnung (bei Bewerbern) und/oder der Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich ist. Bewerberdaten werden 6 Monate nach erfolgter Absage gelöscht, sofern der Bewerber nicht in die weitere Speicherung seiner Bewerberdaten zum Zwecke der Kontaktaufnahme bei zukünftigen Stellenausschreibungen ausdrücklich eingewilligt hat. Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, sobald sie für die oben genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Dabei kann es vorkommen, dass personenbezogene Daten für die Zeit aufbewahrt werden, in der Ansprüche gegen unsere Gesellschaft geltend gemacht werden können (gesetzliche Verjährungsfristen von drei oder bis zu dreißig Jahren). Zudem speichern wir Ihre personenbezogenen Daten, soweit wir dazu gesetzlich verpflichtet sind. Entsprechende Nachweis- und Aufbewahrungspflichten ergeben sich insbesondere aus handels-, steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften.

8. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling)?

Zur Begründung und Durchführung der Beschäftigungsverhältnisse nutzen wir grundsätzlich keine automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DSGVO. Ein Profiling findet nicht statt.

9. Welche Datenschutzrechte habe ich?

Ihnen stehen die nachfolgenden Rechte zu. Falls Sie Ihre Rechte geltend machen möchten oder nähere Informationen wünschen, wenden Sie sich bitte an uns oder unseren Datenschutzbeauftragten.

a) Rechte nach Art. 15 ff. DSGVO

Sie haben das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so haben sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen. Unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen haben Sie das **Recht auf Berichtigung** nach Artikel 16 DSGVO, das **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** nach Artikel 18 DSGVO und das **Recht auf Löschung** („Recht auf Vergessenwerden") nach Artikel 17 DSGVO. Zudem haben Sie das Recht auf Herausgabe der von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format (**Recht auf Datenübertragbarkeit**) nach Artikel 20 DSGVO, sofern die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt und auf einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a) oder Art. 9 Abs. 2 lit. a) oder auf einem Vertrag gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO beruht. Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG.

b) Widerruf einer Einwilligung nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO

Beruht die Verarbeitung auf einer Einwilligung können Sie die erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten jederzeit uns gegenüber widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

c) Beschwerderecht

Sie haben die Möglichkeit, sich mit einer Beschwerde an uns oder an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsortes, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes (Artikel 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG).

d) Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DSGVO

Zusätzlich zu den vorgenannten Rechten, steht Ihnen ein einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht zu:

Sie haben das Recht aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage berechtigter Interessen) erfolgt, Widerspruch einzulegen. Der Widerspruch kann formfrei an uns erfolgen. Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.